



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

3. September 2024

Nr. 2024-565 R-151-13 Kleine Anfrage Claudia Brunner, Altdorf, zu Verantwortungslose Exkursion für Urner Oberstufenklassen in die umstrittene Reitschule; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Landrätin Claudia Brunner, Altdorf, hat am 19. August 2024 eine Kleine Anfrage zu Verantwortungslose Exkursion für Urner Oberstufenklassen in die umstrittene Reitschule Bern eingereicht. Darin stellt sie Fragen zur Sicherheit der Urner Schülerinnen und Schüler beim Besuch der Reitschule Bern im Rahmen der Exkursionen zur politischen Bildung.

II. Vorbemerkung

Im Kanton Uri übt der Erziehungsrat gemäss dem Gesetz über Schule und Bildung (Bildungsgesetz; RB 10.1111) die unmittelbare Aufsicht über das Volksschulwesen aus. Insbesondere erlässt er im Rahmen der Gesetzgebung die Lehrpläne und bestimmt, welche Lehrmittel im Unterricht der Volksschule zu verwenden sind. In Erfüllung dieser Aufgaben und in Nachachtung des Postulats von Céline Huber, Altdorf, zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 hat der Erziehungsrat konkrete Massnahmen zur Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule beschlossen. Eine solche Massnahme ist, dass alle Urner Oberstufenschülerinnen und -schüler im Rahmen einer Bildungsexkursion die Institutionen in Bundesbern kennenlernen. Die betreffenden Exkursionen finden seit 2022 statt. Bisher nahmen über 750 Schülerinnen und Schüler daran teil. Das Programm wird jeweils in Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Volksschulen und dem Politforum Bern organisiert. Elemente waren bisher der Besuch der Session im Bundeshaus (samt Fragerunde mit den Urner Bundesparlamentariern), eine Führung im Bundeshaus, ein Debattierworkshop unter Leitung von «Schweiz debattiert» und eine Führung im autonomen Kultur- und Veranstaltungszentrum Reitschule in Bern.

Das autonome Kultur- und Begegnungszentrum Reitschule besteht seit mehr als 30 Jahren. In der Zeit ihres Bestehens konnte das Stimmvolk der Stadt Bern bereits mehrmals seine Meinung zur Reitschule kundtun. Konkret ging es dabei um eine Renovationskredit-Vorlage, die vom Berner Stimmvolk angenommen wurde, und vier Anti-Reitschule-Initiativen, die vom Berner Stimmvolk abgelehnt wurden. Die Reitschule Bern verfügt seit 1993 über einen Nutzungsvertrag mit der Stadt Bern, der per 1. Januar 2004 von einem öffentlichen Leistungsvertrag abgelöst wurde. Die öffentlichen Leistungsaufträge mit der Stadt Bern gelten für jeweils vier Jahr; der aktuelle läuft 2024 bis 2027. Daraus erhellt, dass das autonome Kultur- und Begegnungszentrum Reitschule eine staatlich anerkannte und

öffentlich-subventionierte Institution mit Leistungsauftrag der Stadt Bern ist.

Da diese Exkursionen nach Bern relativ jung sind, richtete der Erziehungsrat im Rahmen seiner Aufsichtspflicht bisher ein besonderes Augenmerk auf Durchführung und Erfolg. So verfolgten der Erziehungsrat bzw. das Amt für Volksschulen auch die von Landrätin Claudia Brunner erwähnten Ausschreitungen an einem Wochenende Anfang Mai 2024, bei denen es im Umfeld der Reitschule Bern zu einer gewalttätigen Aktion von Linksextremen gegen die Polizei kam, mit Sorge. Als Folge davon setzte das Amt für Volksschulen eine für Mitte Mai 2024 vorgesehene Führung durch die Reitschule aus. Zudem wurden die von den noch ausstehenden Exkursionen betroffenen Lehrpersonen sensibilisiert zu Fragen rund um die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler. In einem weiteren Schritt - im Juni 2024 - beschloss der Erziehungsrat, dass der Besuch in der Reitschule lediglich noch als Wahlmodul im Rahmen der Exkursion nach Bern angeboten wird - und nicht mehr als fester Teil des Programms. In Erwägung zog der Erziehungsrat dabei zum einen die Vorfälle selbst und zum anderen die aus Elternkreisen geäußerten Bedenken.

Im Rahmen dieser Vorbemerkung beantwortet der Regierungsrat nachfolgend die in der Kleinen Anfrage gestellten konkreten Fragen.

III. Antwort des Regierungsrats

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis über diese Vorfälle und deren Missstände?

Der Regierungsrat beziehungsweise die zuständige Bildungs- und Kulturdirektion hat Kenntnis von den Vorfällen an der Reitschule in Bern. Die von der Fragestellerin konkret geschilderten Beobachtungen und Umstände während der Besuche von Urner Schulklassen in der Reitschule decken sich indes nicht in allen Teilen mit den Eindrücken, die die begleitenden Lehrpersonen, das Amt für Volksschule und das Politforum Bern selbst gewonnen haben. Immerhin waren bei allen bisherigen Exkursionen nebst den begleitenden Lehrpersonen immer mindestens eine Person des Politforums Bern und/oder eine Person des Amts für Volksschulen vor Ort in Bern. Sie beobachteten nie eine gefährliche Situation für die Besucherinnen und Besucher in oder um die Reitschule, die die Sicherheit beeinträchtigt hätte. Nach dem gewalttätigen Vorfall von Anfang Mai 2024 im Umfeld der Reitschule war es indes angezeigt, die Lehrpersonen noch einmal speziell zu sensibilisieren.

2. Obwohl oft in den Medien über die gewalttätigen Auseinandersetzungen und den besorgniserregenden Drogendelikten in der Reitschule Bern berichtet wurde, hat der Regierungsrat sich noch nie Gedanken um die Sicherheit unserer Urner Schülerinnen und Schüler gemacht? Besonders nach den schweren Krawallen Anfang Mai?

Das Wohlergehen und die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler haben für die verantwortlichen Behörden selbstverständlich immer höchste Priorität. Sowohl der Regierungsrat als auch der Erziehungsrat und die Schulträger richten ihr Handeln und ihre Entscheide im Rahmen der Gesetzgebung nach diesem Grundsatz aus. Im schulischen Alltag obliegt es den Lehrpersonen, die unmittelbare Verantwortung für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen auch mit Blick auf die Sicherheit und die Integrität wahrzunehmen. Das gilt nicht nur für den regulären Unterricht, sondern auch für Bildungsanlässe an ausserschulischen Lernorten - wie vorliegend beim Besuch der Reitschule. Diese

steht seit ihren Anfängen in der öffentlichen Kritik aufgrund der linksautonomen und staatskritischen Haltung ihrer Anhängerinnen und Anhänger. Auch kriminelle Handlungen im Umfeld der Reitschule ereignen sich immer wieder; sie ereignen sich indes, wie Anfang Mai 2024, abends und nachts an Wochenenden. An den bisherigen Durchführungsterminen der Urner Exkursionen (tagsüber unter der Woche) kam es zu keinem Zeitpunkt zu sicherheitsrelevanten Vorfällen oder heiklen Situationen. Gleichwohl hielt es der Erziehungsrat im Zuge der Vorfälle von Mai 2024 für angebracht, den Besuch der Reitschule nicht mehr als obligatorischen Teil der Exkursion zu führen.

3. *Wird der Regierungsrat sofortige Massnahmen treffen, um die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler zu verbessern und die Verunsicherungen der besorgten Eltern zu beruhigen? Bzw. kann damit gerechnet werden, dass der Ausflug in die gefährvollen und politisch hetzerischen Reitschule Bern zukünftig ganz gestrichen wird?*

Obwohl der Regierungsrat die Bedenken der Anfragenden nachvollziehen kann und die Exkursionen in die Reitschule nicht uneingeschränkt unterstützt, sieht er keinen Anlass, von sich aus Massnahmen zu ergreifen oder anzuordnen. Die Zuständigkeit für Entscheide im fraglichen Bereich liegt laut verfassungsmässiger Kompetenzordnung nicht beim Regierungsrat, sondern beim Erziehungsrat (vgl. Art. 100 Kantonsverfassung [KV]; RB 1.11101). Indem der Besuch der Reitschule inzwischen laut Beschluss des Erziehungsrats nur noch ein Wahlmodul der Exkursionen ist, lässt sich nach dessen Meinung den Befindlichkeiten von Schulen, Lehrkräften und Eltern im Einzelfall angemessen Rechnung tragen. Die Schulen haben den nötigen Freiraum, von sich aus und allenfalls in Konsultation der betroffenen Erziehungsberechtigten zu beurteilen und zu beschliessen, ob ein Besuch opportun und mit Blick auf die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler vertretbar ist.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Text der Kleinen Anfrage); Mitglieder des Regierungsrats; Erziehungsrat; Rathauspresse; Standeskanzlei; Direktionssekretariat Bildungs- und Kulturdirektion und Bildungs- und Kulturdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

